

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 21.09.2018

Von Reinhard Lauterbach

24.09.2018

Ziemlich beste Freunde

Ungarns Regierungschef Viktor Orban und Russlands Präsident Wladimir Putin geben sich als Verbündete. Es ist eine taktische Allianz



Viktor Orban (l.) und Wladimir Putin am Dienstag in Moskau

Foto: Alexander Zemlianichenko/Pool via REUTERS

1986, die Perestroika war noch in ihrer idealistischen Phase, erteilte KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow der Internationalen Abteilung des ZK einen Prüfauftrag. Sie möge eine »Kosten-Nutzen-Analyse« der Beziehungen der sowjetischen Partei zu den kommunistischen Parteien Westeuropas erstellen. Diese seien »wenig

effektiv«. Mit anderen Worten: Sie erreichten alles in allem nicht, was sie – implizit dazugedacht: für die in sie investierten harten Valuta – hätten erreichen sollen, etwa die Reagansche Hochrüstungspolitik zu stoppen.

Komplett anzeigen

Als Anfang dieser Woche die polnisch-kroatisch inspirierte »Drei-Meere-Initiative« in Bukarest tagte, fehlte auf diesem Treffen proamerikanischer Politiker Ostmitteleuropas einer, der eigentlich dazugehörte: Ungarns Regierungschef Viktor Orban. Strenggenommen gehörte er natürlich nicht dazu, denn die Initiative ist ein Format der Staatsoberhäupter. Aber es fiel trotzdem auf, dass sich Orban gleichzeitig ausgerechnet in Moskau aufhielt. Damit ging ein politischer Flirt in eine neue Runde, der den liberalen Publizisten in Ostmitteleuropa schon seit langem den Schweiß auf die Stirn treibt: der »Populist« Orban in den Armen des »Diktators« Putin, so die offizielle Lesart; eine potentielle Bresche in der »euro-atlantischen Solidarität«, zu der der Mainstream die osteuropäischen EU-Staaten verpflichtet sieht. Trotzdem kein böses Wort, statt dessen allein seit Beginn dieses Jahres schon drei Spitzentreffen zwischen Orban und Putin.

Natürlich hat diese Nähe ihre praktische Seite: 2014 hatte Ungarn gegen heftige Konkurrenz diverser westlicher Konsortien und politischen Widerstand der EU-Kommission den Auftrag zum Bau zweier neuer Atomreaktoren am Kraftwerksstandort Paks an die russische Firma Rosatom vergeben. Die Investition wird dabei in hohem Maße mittels russischer Kredite vorfinanziert, Unteraufträge sind an Firmen vergeben worden, die der ungarischen Regierungspartei nahestehen. Eine Hand wäscht die andere; Brüssel hat die Akte Paks inzwischen geschlossen und sich mit dem Ist-Zustand abgefunden.

Russland kommt aber auch eine innenpolitische Besonderheit Ungarns zupass, die tatsächlich eine gewisse thematische Verwandtschaft mit der russischen Politik gegenüber dem »nahen Ausland« – den ehemaligen Sowjetrepubliken – aufweist. Wladimir Putin bezeichnete bekanntlich den Zusammenbruch der Sowjetunion als »größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«, weil er 25 Millionen Russen außerhalb der Grenzen Russlands zurückgelassen habe. Zuletzt kehrte er diese Rhetorik im Zusammenhang mit dem Krim-Referendum 2014 stark hervor. Er interpretierte die Aufnahme der Halbinsel in die Russische Föderation als Korrektur dieses historischen Unrechts. Ungarns Geschichtspolitik pflegt ein ähnliches Trauma, das alljährlich durch einen Gedenktag am 4. Juni evoziert wird: Es ist der Friedensvertrag von Trianon 1920, durch den Ungarn, gemeinsam mit Österreich einer der Verlierer des Ersten Weltkriegs, zwei Drittel seiner Fläche an diverse, teilweise erst 1918 neu entstandene Nachbarstaaten verlor. Auch in

diesem Fall waren plötzlich gut drei Millionen ethnische Ungarn Minderheiten im Ausland, sei es der Tschechoslowakei, Rumänien oder Jugoslawien. Auch heute gibt es sie noch.

Budapest verfolgt gegenüber diesen Auslandsungarn schon seit vielen Jahren eine Politik der Anbindung. Sie können vereinfacht die ungarische Staatsangehörigkeit erwerben, in Ungarn studieren oder arbeiten; mit einem ungarischen Pass steht ihnen im Prinzip die ganze EU offen. Gegenüber Rumänien, Kroatien und der Slowakei ist das inzwischen kein Druckmittel mehr, weil diese selbst EU-Mitglieder sind, durchaus aber gegenüber Serbien und der Ukraine. Und das macht die Zusammenarbeit mit Budapest für Moskau interessant: Ungarn erhebt aus eigenen nationalistischen Erwägungen heraus im Namen der etwa 200.000 Ukraine-Ungarn ähnliche Einwände gegen die forcierte Ukrainisierungspolitik der Kiewer Regierung, etwa im Schulwesen, wie sie Russland mit Blick auf die Ost- und Südukraine vorträgt. Kiew ist darüber verärgert und wirft Ungarn vor, sich von Russland instrumentalisieren zu lassen. Budapest hat im Gegenzug angedroht, in der EU und NATO sein Veto gegen jede weitere Annäherung der Ukraine an diese Bündnisse einzulegen.